

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ogl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 30

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Reklame 40 Goldpfennig. — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 5. Februar

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“.

1926

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen Deutschland und Lettland ist nach mehrjährigen Verhandlungen eine Einigung über das aus dem Kriege rückständige Abrechnungsverfahren erzielt worden.

* Präsident Lööbe würdigte bei Eröffnung der Sitzung im Deutschen Reichstage die Befreiung der Kölner Zone durch eine Ansprache, die von den Abgeordneten stehend angehört und mit Beifall begleitet wurde.

* Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Fememorde begann seine Arbeiten und hielt die erste Sitzung ab.

* Im Fememordprozeß Pannier haben die Verurteilten Revision beim Reichsgericht angemeldet. Außerdem wird von der Frau des Verurteilten Stein ein Wiederaufnahmeverfahren betrieben.

Reich und Reichsbahn.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

In den letzten Tagen ist im Konflikt der Eisenbahner mit ihrer Verwaltung mehrfach mit einem Streik gedroht worden, wenn es auch nur ein mehrstündiger Demonstrationsstreik sein sollte. Bekanntlich hat die Reichsbahngesellschaft den Schiedsspruch des Schlichters in diesem Konflikt abgelehnt und dies damit begründet, daß sie dem Schlichtungsverfahren überhaupt nicht unterliege, vielmehr den ganzen Rechtsfall dem besonders vorgesehenen Reichsbahngericht vorlegen wolle.

Dieser Standpunkt der Reichsbahn scheint aber juristisch nicht haltbar zu sein, weil es sich gar nicht um einen Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn handelt, sondern um einen reinen Tarifstreit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Reichsbahn, einer privaten Gesellschaft. Durch den Streit wird aber wieder einmal das eigenartige Verhältnis beleuchtet, in das diese Reichsbahngesellschaft durch das Dawes-Abkommen geraten ist. Sie hat gewaltige öffentlich-rechtliche Verpflichtungen finanzieller Art, nämlich die Zahlungen auf Grund jenes Abkommens, trägt aber jetzt reinen Privatcharakter, auf den das Reich nur durch den Generalrat der Eisenbahn Einfluß hat. Die Zahlungsverpflichtungen der Reichsbahn, die bis zu einer Höhe von über 1 Milliarde steigen werden, haben nun im ersten Jahr zu schweren Konflikten namentlich mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten geführt. Die Reichsbahn stellte sich auf den Standpunkt, daß jede Tarifherabsetzung auch eine Herabminderung ihrer Einkünfte bedeute und damit zu einer Gefährdung der Zahlungsverpflichtungen führen könne. Mit dieser Begründung hat man beispielsweise die Herabsetzung der Spezialtarife auch dann verteidigt, wenn dadurch ganz große Interessengruppen, wie etwa die Kohlenindustrie, sogar im Binnenlande konkurrenzunfähig gemacht wurde. Hat doch die englische Kohle in Mittel- und Süddeutschland die deutsche verdrängen können, weil die Gültartarife die rheinisch-westfälische Kohle in hohem Maße verteuerten. Auch die günstige Lage, in die infolge des deutsch-polnischen Handelskrieges die schlesische Kohlenindustrie gelangt ist, wurde vielfach durch diese unbegrenzte Tarifpolitik der Reichsbahn, zumungunsten der deutschen Wirtschaft nicht ausreichend ausgenutzt. Die Mahnungen der Wirtschaft selbst und des Reichstages fließen bei der Reichsbahn nicht nur auf Ablehnung. Man sagte dem Reichstag sogar, er habe in das Geschäftsgebarung der Reichsbahn überhaupt nicht hineinzureichen und man werde es sich sehr überlegen, ob man zu den Beratungen der Verkehrskommission des Reichstages einen Vertreter entsenden werde.

Auch die Weigerung, die Gehälter und Löhne zu erhöhen, wird mit diesen finanziellen Notwendigkeiten der Entente gegenüber begründet, obwohl im Reichstag festgestellt wurde, daß die obersten Angestellten ganz außerordentlich hohe Bezüge haben. Es ist ja richtig, daß auch die Entente, also ihr Kommissar, sehr erheblich in das Geschäftsgebarung der Reichsbahn hineinredet. So hat vor kurzem dieser Eisenbahnkommissar, Gaston Legerve, erklärt, die Finanzlage der Gesellschaft gestalte es nicht, die Hauptstrecken der deutschen Reichsbahn oder gar der Berliner Vororte zu elektrifizieren; die wichtigsten Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten der Reichsbahn verlangten eine Aufwendung von 1 1/2 Milliarden, würden aber nur durchgeführt werden „nach Maßgabe der Mittel, die sich die Reichsbahn dazu beschaffen könne“. Eine derartige Stellungnahme des Eisenbahnkommissars, die dann eine absolute wird, wenn die Eisenbahn je mit ihren Reparationszahlungen in Rückstand gerät, ist für die deutsche Öffentlichkeit von schwerwiegendster Bedeutung, weil die Eisenbahn Großabnehmer einer Spezialindustrie ist, die sich seit Jahrzehnten auf Massenabsatz eingerichtet hat. Und nun kommt auch noch der Konflikt mit den Angestellten und Arbeitern, bei dem die Reichsbahn wahrscheinlich auch unter dem Druck des Eisenbahnkommissars steht.

Im Reichseisenbahngesetz von 1924 ist ausdrücklich gesagt, daß die Tarifpolitik Rücksicht zu nehmen habe auf die Bedürfnisse der Wirtschaft; grundsätzlich sollen auch die Beamten und Angestellten sowie die Arbeiter in Gehalt und Lohn nicht schlechter behandelt werden als die Gleichgestellten in Reich und Staat. Gewiß muß die Reichsbahn bestrebt sein, die finanziellen Verpflichtungen, die ihr auferlegt sind, zu erfüllen und durch eine weitestgehende Finanzpolitik dafür Vorseorge zu treffen, daß sie auch in Zukunft erfüllt werden können. Eine andere Frage ist es, ob hierbei nicht über das Maß des Notwendigen hinausgeschossen wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Rheinlandreise des Reichspräsidenten.

Nach den bisher getroffenen Dispositionen hat der

Für Eintritt in den Völkerbund

Ein Beschluß des Auswärtigen Ausschusses.

Rechts und links gegen Genf.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Abg. Herget (Dn.) mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Die Sitzung war außerordentlich stark besucht, u. a. war das gesamte Reichskabinett zugegen. Bei Beginn der Beratungen beantragte der kommunistische Abg. Stöcker die Herabsetzung der Öffentlichkeit für die Ausschußverhandlungen, was jedoch von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt wurde. Darauf legte Reichsaussenminister Dr. Stresemann in ausführlicher Rede seine Stellungnahme zum Eintritt in den Völkerbund dar, woran sich eine ausgedehnte Aussprache angeschlossen, in der sich eine starke Opposition der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten bemerkbar machte. Es soll infolgedessen wiederholt zu stürmischen Szenen gekommen sein. Nach Abschluß der Beratungen faßte der Ausschuß mit 18 gegen 8 Stimmen folgenden Beschluß:

Nach Entgegennahme der Erklärung des Reichsaussenministers hat der Auswärtige Ausschuß keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch das Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht, und geht über die sonstigen vorgelegten Anträge, die den Ein-

tritt Deutschlands in den Völkerbund ablehnen oder an Bedingungen knüpfen, zur Tagesordnung über.

Bekanntlich hatten die Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, der die Verschiebung der Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund bezweckte. Dieser Antrag war bei der Besprechung über die Regierungserklärung gegen den Willen des Reichskabinetts mit zur Debatte gestellt und an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen worden, der über ihn jetzt zur Tagesordnung übergegangen ist.

Wie es heißt, beabsichtigt die Reichsregierung, nachdem nunmehr auch der Auswärtige Ausschuß ihre Pläne gebilligt hat, in beschleunigter Form das Gesetz um Aufnahme in den Völkerbund an das Generalsekretariat des Völkerbundes abzugeben. In diesem Gesetz wird Deutschland noch einmal auf den Vertrag von Locarno Bezug nehmen, der bekanntlich vorsieht, daß Deutschland dem Artikel 16 des Völkerbundstatuts nur soweit nachzukommen braucht, als es dies für sich als richtig betrachtet.

Vorher beschäftigte sich der Ausschuß mit dem vorläufigen Wirtschaftsabkommen mit dem Königreich Spanien vom 18. November 1925, sowie dem Zusatzvertrag vom 26. November 1925 zum deutsch-niederländischen Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1851 und dem deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrag vom 26. November 1925. Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort ergriff, wurden die Gesetzentwürfe an den Handelspolitischen Ausschuß weitergeleitet.

Deutscher Reichstag.

(152. Sitzung.)

OB. Berlin, 3. Februar.

Präsident Lööbe eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache zur

Befreiung der Kölner Zone.

die von den Abgeordneten stehend angehört wurde und folgenden Wortlaut hatte:

„Der Deutsche Reichstag sendet mit dem gesamten deutschen Volke seinen Gruß an den Rhein und beglückwünscht die Landesleute der sog. ersten Zone zu ihrer Befreiung vom Druck fremder Besatzungen. Er dankt ihnen für die unwandelbare Treue, mit der sie auch in den schwersten Tagen zur deutschen Heimat hielten, für die Festigkeit und Tapferkeit, mit der sie jedem Druck standhielten. (Beifall.) Wie wir ihnen oft von diesen Plätzen aus entgegen allen Drohungen von draußen und allen Zweifeln von innen zuriefen: Der Tag eurer Befreiung kommt!, so versichern wir heute den Völkgenossen in den übrigen Zonen des Westens, daß all unser Trachten und unsere Arbeit darauf gerichtet sind, nicht nur ihre Lasten zu vermindern, sondern auch die Fristen der Befreiung abzukürzen, die mindestens nach dem letzten Völkerrecht ihren Sinn verloren haben. So hoffen wir, daß wir bald dem letzten deutschen Mann am Rhein und an der Saar die gleichen Glückwünsche sagen können wie heute den Landsteuten im nördlichen Besatzungsgebiet.“ (Lebhafter Beifall.)

Der Reichstag beriet dann in erster Lesung einen von dem Abg. v. Raumer (D. Vp.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf zur steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse. Abg. v. Raumer beantragte die Überweisung an den Steuerausschuß. Abg. Neubauer (Komm.) wandte sich gegen den Antrag, der nur wieder die Lasten der arbeitenden Bevölkerungsschichten vergrößere. Der Antrag wurde dem Steuerausschuß überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur

Vereinfachung des Militärstrafrechts.

Der Ausschuß hat die Strafbestimmungen für Beleidigungen innerhalb des Heeres verschärft. In besonders schweren Fällen soll auf Dienstentlassung der Offiziere und Mannschaften erkannt werden. Gehorsamsverweigerung soll in schweren Fällen mit verschärftem Arrest bestraft werden. In einem besonderen vom Ausschuß eingebrachten Abschnitt wird der Zweikampf unter Heeresangehörigen mit Freiheitsstrafen von einem halben Jahre bis zu drei Jahren bedroht. Wer den Anzustellenden oder zu Befördernden über seine grundsätzliche Stellungnahme zum Zweikampf befragt, wird mit Freiheitsstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahre bestraft. Wer Ehrenrechte und Vereinigungen oder Orden antrifft oder an ihnen mitwirkt, wird mit Freiheitsstrafe von einem bis sechs Monaten bestraft. Zu den Freiheitsstrafen kommt in allen Fällen Dienstentlassung.

Abg. Barth (Dn.) bezeichnete die Duellbestimmungen der Vorlage als unannehmbar. Eine solche Sonderbehandlung des Militärs finde in der Gesetzgebung der ganzen Welt einzig da. Die Deutschnationalen könnten der Vorlage nur zustimmen, wenn die Duellbestimmungen wesentlich gemildert würden und vor allem die Maßbestimmung der Dienstentlassung wegfällt. Abg. Buchholz (Ztr.) begrüßte die Vorlage. Die Duellstrafbestimmungen seien ein Fortschritt, der nicht entbehrt werden könne.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) bezeichnete es als einen Vorzug, daß der Gesetzentwurf neben einer Vereinfachung des Militärstrafgesetzbuches auch eine wesentliche Milderung in vielen Punkten bringe. Die Duellstrafbestimmungen seien dringend notwendig. Wenn dadurch das Duell aus dem Heere beseitigt würde, so würde diese Unsitte auch allgemein verschwinden.

Abg. Korsch (Komm.) erinnerte an die Reden des Potsdamer Hospredigers Vogel, worin die Republikaner schwer beschimpft worden seien. Auch der Reichswehrminister Dr. Gessler behauptete von sich, Demokrat und Republikaner zu sein, aber seine Handlungen ließen davon wenig spüren. (Der Reichswehrminister verließ bei diesen Ausführungen den Saal.)

Der Redner wurde zum Schluß seiner Ausführungen, nachdem der Reichswehrminister Dr. Gessler wieder im Saal erschienen war, wegen schwerer Beleidigung des Reichswehrministers zur Ordnung gerufen.

Abg. Hamppe (Wirtsch. Ver.) teilte auch die Bedenken der Deutschnationalen gegen die Vorlage, meinte jedoch, daß diese nicht so groß seien, daß seine Freunde nicht dafür stimmen könnten.

Reichspräsident in Aussicht genommen, dem soeben befreiten Teile des Rheinlandes am 22. und 23. März einen Besuch abzustatten. Der Reichspräsident beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit die Städte Köln, Bonn und Arefeld zu besuchen.

Einigung mit Lettland.

Nach Mitteilung des lettlandischen Außenministeriums ist in den Abrechnungsverhandlungen zwischen Deutschland und Lettland, die sich seit mehreren Jahren hinzogen, eine Einigung erzielt worden, so daß nun mit der Unterzeichnung des Abrechnungsvertrages noch in diesem Monat zu rechnen ist. Nach dieser endlichen Klärung der deutsch-lettischen Beziehungen dürfte es in rascher Folge zum Abschluß eines Handelsvertrages und eines Schiedsgerichtsabkommens, die beide im Entwurf schon vorliegen, kommen.

Forderungen des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund hat sich mit einer Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der eine Reihe wichtiger steuerpolitischer Forderungen erhoben werden. U. a. wird die Erhebung der Realsteuern durch reichsgesetzlich begrenzte Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer gefordert, ferner scharfer Abbau der Reichsgefesgebung und des Verwaltungsapparates im Reich, in Ländern und Gemeinden. Lebhaft Klage wird in der Eingabe über die Einkommensteuerveranlagung der bäuerlichen Bevölkerung geführt und darauf hingewiesen, daß hieran vor allem die schematische Anwendung der Normalätze schuld sei. Zum Schluß wird dagegen Einspruch erhoben, daß landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge mit zur Kraftfahrzeugsteuer herangezogen werden, da diese Fahrzeuge meist die großen öffentlichen Straßen überhaupt nicht befahren.

Dr. Seipel in Berlin.

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel ist in Berlin eingetroffen. Den offiziellen Grund seiner Reise bildet ein Vortrag, den er auf Einladung des Hilfswerks für die katholischen Studenten über die kulturellen Aufgaben der Kirche halten soll. Dr. Seipel wird in Berlin vom Reichspräsidenten von Hindenburg, vom Reichskanzler und vom Reichsaussenminister empfangen werden.

Aus In- und Ausland.

Schwerin. Das mecklenburgische Staatsministerium hat aus der Erwägung heraus, daß sich in Mecklenburg-Schwerin die Sitte eingebürgert hat, am Totensonntag der Gefallenen des Weltkrieges zu gedenken, dem Reichsminister des Innern mitgeteilt, daß es von der Bestimmung des Sonntags Reminiscere (28. Februar) zu einem allgemeinen Gedenktag für die Opfer des Krieges absehe.

Stuttgart. Der frühere württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Wien. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist angehts der zu erwartenden Beilebung des österreichischen Exports nach Rußland russischerseits bei der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft in Wien ein Betrag von 300 000 Pfund Sterling hinterlegt worden.

London. „Times“ berichtet aus Daresalam, daß mit Erlaubnis der britischen Regierung zwei deutsche Vertreter in diesem Monat in Tanganika, dem früheren Deutsch-Ostafrika, eintreffen werden, um die rückständigen Löhne, die Deutschland den Eingeborenen schuldet, die während des Krieges in der deutschen Truppe kämpften, zu bezahlen.

Madrid. Durch königliche Verordnung ist als neue Auszeichnung eine Arbeitsmedaille geschaffen worden, die vom Arbeits- und Handelsministerium für Verdienste im nationalen Wirtschaftsleben verliehen wird. Die Medaille hat drei Klassen, in Gold, in Silber und in Bronze.

Belgrad. Die Konferenz der Kleinen Entente wird am 10. Februar in Temesvar stattfinden.

Preussischer Landtag.

(124. Sitzung.)

tt. Berlin, 3. Februar.

Das Haus überwies ohne Aussprache den Zentrumsantrag Dr. Borjch auf Vorlegung einer Denkschrift über den Stand der Obstandskultivierungen und Bereitstellung weiterer Mittel zur Förderung der privaten Siedlungen sowie den gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien auf Anerkennung der Oberschlesien durch Aufruf und Poleneinbruch verursachten Schäden als Reichsschuld und über die Beschleunigung der Entschädigungszahlungen der Ausschussberatung.

Die Große Anfrage Börd (Dnt.) über die Behandlung des Polizeihauptmanns Bender und des Polizeioberleutnants Nagel wegen ihrer Stellungnahme bei Ausführungen in öffentlichen Versammlungen geht gleichfalls ohne Aussprache an den Hauptausschuß. Hieran beginnt das Haus die zweite Beratung der

neuen Städteordnung.

Abg. v. Gynern (D. Vp.) gibt als Berichterstatter einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen des Entwurfs, der den früheren Landtag sehr ausführlich beschäftigt habe und schließlich in der von diesem beschlossenen Ausschussfassung als Initiativantrag vom Zentrum vor den neuen Landtag gebracht worden sei. Der Redner gedenkt des Hinscheidens des früheren Berichterstatters Dr. Preuß, das eine empfindliche Lücke in die weiteren Beratungen gerissen habe.

In der Debatte schließt sich Abg. Haas (Soz.) der Anerkennung der Tätigkeit des Abg. Dr. Preuß an. Dann meint er, wenn die Überzeugung durchgedrungen sei, daß der Vorwurf der Mißwirtschaft gegen die Städte unzutreffend ist, werde der Zeitpunkt gekommen sein, an die große Verwaltungsreform zu gehen.

Abg. Dr. Marekshy (Dnt.) erkennt namens seiner Fraktion die Verbesserungen der Vorlage an. Besonders sei es zu begrüßen, daß der Grundsatz, keine Ausgaben ohne Deckung, in der neuen Städteordnung zum Gesetz erhoben worden sei. Sehr bedenklich sei das Bestreben in dem neuen Gesetz, die Stellung der Bürgermeister gegenüber dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu schwächen.

Abg. Bergmann (Ztr.): Das Zentrum halte nach wie vor daran fest, daß eine Verabschiedung der Gemeindeverfassungsgesetze zweckdienlich ist. Vereinfachung des vielgestaltigen Gemeindefortschritts, Vereinfachung der Verwaltungspraxis, Synchronisierung der neuzeitlichen Bürgerrechte in Städte- und Landgemeindefortschritt seien Aufgaben, die man nicht länger als unbedingt notwendig hinauschieben sollte.

Abg. Kose (D. Vp.): Das Stein-Hardenbergische Werk hat die Jahrhunderte überdauert. Den Wunsch nach einer Neuordnung begründet die Regierung mit formellen Tatsachen wie der Unübersichtlichkeit der seit her ergangenen Änderung und dem Wunsch nach Modernisierung.

Ministerialdirektor Mülert erklärte, die Staatsregierung wolle positiv an dem Werk der neuen Städteordnung mitwirken und auch ihrerseits zu einem gedeihlichen Ergebnis beitragen. Nachdem Abg. Kilian (Komm.) darauf hingewiesen hat, daß die Gemeinden vor allem für die minderbemittelte Bevölkerungsförderung sorgen müssen, vertagte sich der Landtag auf Donnerstag.

Das Sperrgesetz über die Fürstenabfindungen.

Die Militärpensionen der Hohenzollernprinzen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat die Beratung über das Sperrgesetz zu Ende geführt. Dieses Gesetz, das alle schwebenden Fürstenprozesse zunächst bis Juni 1926 aussetzt, fand mit 19 gegen 6 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen Annahme. Da von den Gegnern des Gesetzes die Ansicht vertreten wurde, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute, ist die Annahme mit einer Mehrheit, die über die Zweidrittelmehrheit weit hinausgeht, von Wichtigkeit. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es bedarf noch der Zustimmung des Reichstages und des Reichsrats.

Über die Militärpensionsbezüge von Mitgliedern des früheren preussischen Königshauses machte Ministerialdirektor Erthropel nähere Mitteilungen. Der ehemalige Kronprinz bezieht, wie Erthropel auf einen Zurschwieber, keine Pension. Prinz Eitel Friedrich bezieht als früherer Divisionskommandeur in Generalmajorsstellung jährlich 10 574 Mark, Prinz Adalbert als früherer Korvettenkapitän 4830 Mark, Prinz Oskar als Oberst und Brigadeführer 7534 Mark, einschließlich Frauen- und Kinderbeihilfe. Diese auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Pensionen laufen in dieser Höhe seit dem 1. Dezember 1923. Prinz Heinrich bezieht als Großadmiral und Generalinspektor der Marine jährlich 17 127 Mark und Joachim Albrecht, Prinz von Preußen, seit dem 1. Mai 1908 als Major 3013 Mark.

In der Aussprache verwies der Abg. Everling (Dnt.) darauf, daß der Kronprinz von Bayern seine Militärpension zur Unterstützung von Angehörigen der ehemaligen Armee und ihrer Hinterbliebenen ohne Rücksicht auf Rang und Grad überwiesen habe. Daß die Angehörigen der

Hohenzollernfamilie in Preußen nicht das gleiche täten, beruhe darauf, daß man ihnen ihr Vermögen beschlagnahmt und vorenthalten habe. Sonst wären sie zu gleichem Handeln bereit gewesen. Prinz Oskar sei es zeitweise so schlecht gegangen, daß er selbst die Ofen heizen mußte.

Es wurde dann in die Generaldebatte eingetreten, in der der kommunistische Abgeordnete Neubauer den Antrag seiner Partei auf Entziehung der früheren Fürsten ohne Entschädigung begründete.

Der Fememordauschuß.

Die konstituierende Sitzung.

Der Fememorduntersuchungsausschuß des Reichstages hielt unter Vorsitz des Abg. Dr. Schetter (Ztr.) seine erste Sitzung ab. Zunächst wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Graef-Thüringen (Dnt.) gewählt. Der Vorsitzende wies dann auf den wesentlich politischen Charakter des Ausschusses hin und richtete an die Mitglieder die Bitte, die politischen Gegenstände möglichst zurückzustellen und sachlich zu verhandeln. Der Vorsitzende betonte weiter die dreifache Aufgabe des Ausschusses: Untersuchung der Fememordorganisationen, der Fememorde und der sonstigen strafbaren Handlungen. Er entwickelte dann einen Arbeitsplan: Zunächst Materialbeschaffung zur Beurteilung, ob überhaupt Fememordorganisationen bestanden haben, ob Fememorde vorgekommen sind und ob und wie die eventuell vorhandenen Fememordorganisationen in Zusammenhang stehen und welche strafbaren Handlungen sonst vorgekommen sind.

Nachdem die Mitglieder der einzelnen Parteien ihre Wünsche bezüglich der Art der Verhandlung vorgebracht hatten, wurde der Vorsitzende beauftragt, zwecks Beschaffung des Materials mit den Ministerien des Reiches und der Länder in Verbindung zu treten und dem Ausschuß baldmöglichst das herbeigeschaffte Material vorzulegen, insbesondere die Akten über die rechtsträchtigen Verurteilungen und eingestellte Verfahren.

Die vier Todesurteile im Fememordprozeß

Ein Nachspiel.

Der nunmehr abgeschlossene Fememordprozeß in Berlin wegen der Tötung des Schützen Pannier setzt auch nach dem Urteilspruch die Gemüter noch in Erregung, zumal sich noch ein Nachspiel an die Verhandlungen zu entwickeln scheint.

Das Urteil lautete gegen die Angeklagten Schirrmann, Stein und Aschenlampf wegen gemeinschaftlichen Mordes auf Todesstrafe. Ferner wird der Angeklagte Benn wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt, der Angeklagte Schmidt wegen Beihilfe zu drei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Stegelberg wegen Vergehens gegen § 139 St. G. B. zu neun Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Zeidler, Senehlage, Meber, von Senden und Gutknecht werden freigesprochen. Die Kosten der Verfahren in den Fällen, in denen Freisprechung erfolgt, trägt die Staatskasse.

In der Begründung des in nichtöffentlicher Sitzung gefällten Urteils heißt es, daß die Angeklagten Aschenlampf und Stein nach ihrem Geständnis den Jäger Pannier in der Nähe des Lagers Döberitz durch Hiebe mit einem Beil erschlagen haben. Der Angeklagte Zimmermann hat, wie er zugibt, ihnen Pannier zugeführt. Jeder von ihnen hat die mit voller Überlegung ausgeführte Tötung als seine Tat gewollt. Alle drei haben sie gemeinsam ausgeführt. Der Angeklagte Schmidt hat nach seinem Geständnis die Angeklagten Aschenlampf und Schirrmann begleitet. Die Anstiftung zum Mord durch Benn ist als bewiesen anzusehen. Der Angeklagte Stegelberg hat zugegeben, daß er von dem Vorhaben des Mordes vor der Tat Kenntnis hatte. Er hat keine Anzeige erstattet. Aus der Begründung ergibt sich zwangsläufig die Todesstrafe für die Angeklagten Schirrmann, Stein, Aschenlampf und Benn.

Dramatischer Zwischenfall.

Die Frau des zum Tode verurteilten Stein versuchte kurz vor der Urteilsfällung noch vernommen zu werden. Als ihr das nicht gelang, rief sie im Gerichtssaal eine dramatische Szene hervor. In höchster Erregung rief sie in den Gerichtssaal hinein, der entlassene Frhr. von Senden sei der Anstifter und Urheber der Tat. Dieselben Angaben wiederholte sie einem journalistischen Ausfrager später. Mit Hilfe des kommunistischen Abgeordneten Rechtsanwalt D. Buch will sie nunmehr die Wiederaufnahme des Prozesses betreiben.

Vokales und Provinzielles.

Salver, den 5. Februar 1926

Erstattung von überzahltem Reichsnoteopfer. Es ist in der Öffentlichkeit vielfach die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Personen, die ihr Reichsnoteopfer durch Hingabe von Kriegsanleihebeständen überzahlt und auf die Zwangsanleihe nicht rechtswirksam verrechnet haben, die Stücke nicht so rechtzeitig zurückbekommen, daß sie diese zur Wahrung etwaiger Altbestrechte bis zum 28. Februar 1926, dem letzten für die Anmeldung vorgesehenen Termin, zum Umtausch anmelden können. Der Reichsminister der Finanzen hat angeordnet, daß den Erstattungsberechtigten künftig an Stelle der Kriegsanleihestücke sofort Anleiheablosungs-Schuldverschreibungen und Auslosungsrechte im Werte der in Warfianleihen zu erstattenden Beträge ausgetauscht werden. Zur Wahrung der Altbestrechte ist also eine Anmeldung in diesen Fällen nicht mehr erforderlich. Es braucht daher niemand zu befürchten, daß er etwaiger Altbestrechte verlustig geht, wenn er die Kriegsanleihestücke nicht bis zum 28. Februar 1926 zurückerhält.

Salver, 5. Febr. Die Tagesordnung für die Sitzung der Amtsversammlung am Samstag den 6. d. M. umfaßt folgende Punkte: 1. Haushaltsplan für 1926. 2. Uebernahme einer Bürgschaft. 3. Beihilfsantrag. 4. Hochwasserfischäden.

Salver, 3. Febr. Die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz hatte gestern Abend im Lokal Fasbender ihre Hauptversammlung. Aus der recht umfangreichen Tagesordnung sind besonders die Arbeiten des vergangenen Jahres zu erwähnen. Neben den zahlreichen Uebungen wurden insgesamt 18 Transporte Kranker und Verletzter mit der eigenen Fahrabre ausgeführt neben 404 kleineren und größeren Hilseleistungen, zu denen die Mitglieder herangezogen wurden. Die Kolonne zählt einen aktiven Mitgliederbestand von 25. Der Sterbefall des Reichsverbandes wurde nach reger Aussprache geschlossen beigegeben. Sodann kann die Kolonne in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Sie gedenkt im Laufe des Jahres diesen Tag durch eine würdige Feier zu ehren.

Salver, 2. Febr. Die Mitglieder des M.-G.-B. „Arion“ Halver hatten sich am letzten Samstag zur Abhaltung ihrer Jahres-Hauptversammlung in erfreulicher Beteiligung eingefunden. Mit einem kurzen Gruß an die Sangesbrüder eröffnete der 1. Vorsitzende, Otto Schellhale, gegen 8 Uhr die Versammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung tat der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, da es wohl unwürdig sei, das Jahr 1925 rücksichtslos an uns vorübergehen zu lassen, da es, wie viele andere vorausgegangene, ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Vereins bilde. Ein Sängerbund habe sich inzwischen gebildet „Kreislängerbund Lüdenscheid-Altena“, dieser habe es sich zur vornehmen Pflicht gemacht, zur Pflege des deutschen Liedes im Sinne eines ehrlichen Wertungsfindens, eingeteilt in drei Klassen, je einen Wanderpreis (Plakette) ausstatten zu lassen. Beim ersten Singen im vorigen Jahre um die höchste Ehre sei der Verein in der 1. Klasse als Sieger hervorgegangen, wobei ihm die Plakette durch Los zuwiel. Diese jedoch als Eigentum zu betrachten, hieße, sie dreimal zu erringen und das wäre sicher kein leichtes Spiel, da hierdum ebenbürtige Vereine stünden. Immerhin sei dieses ein schönes Mittel den Ehrgeiz unter den Vereinen zu erwecken und so die erhöhte Leistungsfähigkeit in den Bundesvereinen zu fördern. Seine Ausführungen schlossen mit dem Hinweis: „Die beste Gewähr für eine gefangliche Leistungsfähigkeit eines jeden Gesangsvereins biete die regelmäßige und pünktliche Teilnahme eines jeden Sängers an den Chorstunden“. Hiernach ging man zur

Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf
unübertroffen
für die Kopfwäsche

Sichern Sie sich den Preisvorteil der neuen Doppelpackung
(Inhalt 2 Beutel), Preis 35 Pfg. - Einzelpackung 20 Pfg.

Um zwei schöne Augen.

[47] Roman von H. Abt.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Er hatte reglos gestanden, auf die Kleiderpuppe niederstarrend. Jetzt war seine Hand hervorgezuckt und hatte sich packend hineingewühlt in das zarte Gesicht, und bei Adele war einen Augenblick lang der Schrecken über die Verheerung, die an dem kostbaren Material angerichtet, daß sie ersehen mußte, über das tiefere seelische Empfinden hinweggeschlagen. Er aber lachte schneidend auf, stieß mit dem Fuß die Puppe zur Seite.

„Hast recht, die Fegen, die stehen bei dir ja wohl allem voran!“

Nun aber fuhr Frau Nuding dazwischen:

„Na hören Sie mal, Sie wissen wohl nicht —“

Sie kam nicht weiter. Adele hielt sie an der Hand gefaßt, mit einmal ganz verändert, eine ruhige, zwingende Energie im Ton, doch das Gesicht völlig farblos.

„Sei still, Mutter! Und ich bitte dich, geh jetzt, geh. Du siehst's doch, daß du kein Glück hierher gebracht hast.“

„Jawohl, ich seh's, daß du beschwindelt worden bist und eine unglückliche Frau geworden. Und ich geh schon, ja freilich geh ich“, stieß Frau Nuding hervor und raffte Hut und Jackett an sich — „oft brauchst's mir einer nicht zu sagen, daß ich gehen soll, und geb's Gott, daß für dich nicht noch mal der Tag kommt, wo du dir aus Kummer und Not heraus deine Mutter zur Hilfe ruffst. Jawohl — ich geh!“

Sie hielt die Türflanke in der Hand, ein kurzes Paukieren, dann war sie zum Zimmer hinaus.

Adele rührte sich nicht, die Arme hingen ihr schlaff am Körper hernieder. So blieb sie auch, als draußen die Korridortür ins Schloß fiel.

Da sagte Heinz kurz, kalt:

„Warum hast du sie nicht begleitet?“

Adele starrte ihn an, mißverstand, wie er es

meinte, taumelte gegen ihn vor und glitt mit einem schluchzenden, brechenden Laut an ihm nieder.

„Heinz, fort — ich soll fort von dir!“

Er hielt sie schon wieder emporgerissen, nicht leidenschaftlich-zärtlich, mit einem wilden, erbitterten Aufbegehren:

„Ist's denn noch nicht genug? Soll ich denn vollends den Verstand verlieren?“

Dann tobte die ganze Heftigkeit seines Empfindens, die er gewaltsam noch zurückgehalten, ungezügelt hervor.

„Und jetzt rede! Daß mich endlich die Wahrheit hören! Was für Heimlichkeiten sind das, die du hinter meinem Rücken getrieben? Warum hast du nicht den ehrlichen Mut der Wahrheit gehabt, mir's offen heraus zu sagen, wenn du kein Geld mehr hattest! Warum hast du mich angelogen? Und wie lang ist's her, daß du mich schon so mit deiner Hände Arbeit ernährst?“

Sie stand vor ihm wie eine zitternde Verbrecherin. „Rimm's doch nur nicht so, Heinz, so ist's ja gar nicht. Und nie hätte ich es getan, hätte ich gewußt, daß du's so fürchterlich nehmen würdest.“

„Das ist's ja eben, dein Nichtwissen, und daß du's auch jetzt noch nicht begreifst, wie du mir das — und gerade das nicht antun darfst. Wie sollst du's denn auch! Es kann eben keiner aus seiner Haut heraus.“

Ihre Schultern duckten ein. Er sah es, und es brachte ihn vollends außer sich.

„Rede! Und steh nicht da mit dieser unerträglichen Demut. Willst du dich denn mit aller Gewalt immer kleiner machen!“

Ein paar mal zuckten die Lippen, bevor sie die tonlosen Worte formten:

„Du hast's ja doch gewußt, daß ich nichts weiter war als nur — ein kleines Mädchen.“

„Adele!“ Es klang wie ein Schrei — „Rühr mir nicht auch daran! Und sieh mich nicht so an! Und

— weine nicht! Rede! Und laß mich dort den Lumpen nicht mehr sehen, der wie die Verkörperung der ganzen Erbärmlichkeit dieses heruntergekommenen Daseins ist.“

Sie hatte schon das umgestürzte Kleidergestell vom Boden aufgerafft, hegte damit aus dem Zimmer zur Küche hinüber und stieß es mit rücksichtslosen Händen in die kleine Kammer hinein. Dann stand sie und starrte mit verwirrten Augen um sich, als wüßte sie nicht, was denn nun tun, wohin nun gehen.

Zu ihm! Wohin denn sonst in der ganzen weiten Welt als nur zu ihm! Sie eilte in das Zimmer zurück.

Heinz schien ruhiger geworden in den kurzen Augenblicken des Alleinseins, saß in einem Sessel zurückgelehnt, das Gesicht der Wand zugekehrt. Als er Adele mit leisen Füßen sich ihm nähern fühlte, wurde er unruhig. Sie sollte jetzt nicht kommen mit einem zärtlichen Wort, vielleicht mit einer Liebeslösung. Hastig sagte er:

„Wir wollen hinterher nicht viel unnütze Worte mehr darüber verlieren, nur über das eine möcht ich noch Aufklärung, auf welche Weise du dir Arbeit verschafft hast.“

Sie drückte die Hände aneinander, flüsterte kaum hörbar:

„Ach, das kam eigentlich wie ein Zufall ganz von selber und darum eben —“

Sein vorgestreckter Fuß begann eine auf- und niederzuckende Bewegung. Ausflüchte, Verschleiern, wieder nicht klipp und klar die Wahrheit.

Da sagte Adele im Tone eines Kindes, das sich zu einer Beichte ansetzt:

„Ich will dir ja doch alles sagen, Heinz, wie's gekommen ist.“

Noch einmal holte sie tief Atem, setzte sich hinter ihn auf einen niedrigen Schemel, und das Köpfchen gesenkt, die Hände im Schoß gefaltet, begann sie:

(Fortsetzung folgt.)

Tagesordnung über und fanden die einzelnen Punkte bei glatter Abwicklung ihre schnelle Erledigung. Der Kassierbericht zeigte trotz der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse einen befriedigenden Abschluß. Die Prüfung derselben hatte eine auffallend korrekte Führung gezeigt und liegt in den Händen Adolf Otto als 1. und Fritz Crummenerl als 2. Kassierer. Beiden wurde für ihre mühevollen Arbeit der ihnen gebührende Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Die Vorstands-Ergänzungs Wahl ergab Wiederwahl, dasselbe zeigten auch die Kommissionen. Die Teilnahme an einem Wettstreit sowie festliche Veranstaltungen wurden wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage einstweilen zurückgestellt. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch schöne Anregungen aus der Mitte des Vereins vorgebracht, an denen die Mitglieder lebhaftes Interesse zeigten. Unter dem Eindruck einer schön harmonisch verlaufenen Versammlung wurde dieselbe mit einem Hoch auf das fernere Wachsen, Blühen und Gedeihen des Vereins gegen 11 Uhr geschlossen.

— **Schalksmühle**, 4. Febr. Der S.-G.-V. Schalksmühle hatte am Samstag Abend seine Mitglieder und Freunde zu einem Rezitationsabend in den Räumen des Café Schulz geladen. Der febl. Vermittlung des Herrn Konrektor Pälmer war es gelungen, hierfür Herrn Rezitator Jul. Bleck aus Berlin zu gewinnen, durch dessen geistvolle und lebenswürdige Kunst soviel feierliche Schönheit in diese Abendstunden hineingetragen wurde, daß den Hörern der Eindruck unvergessen bleiben wird. Das mit großer Feinheit ausgesuchte Programm führte durch Bibel und Legende in die bewegteste Tiefe des Volksempfindens, in das gleichnisreiche Gebiet der Fabel und des feinsinnigsten Humors. So elastisch die Vortragsfolge und verschiedenartig die Strahlen aus den gebotenen Dichtungen aller und neuer Größen, so einheitlich floßen doch wiederum die verschiedenen Darbietungen aus dem geistigen Bilde des feinwühlenden und wiedergebenden Künstlers in einen harmonischen Gesamteindruck zusammen. Erhaben wirkten in ihrer dichterischen Schönheit und befeelten Wiedergabe, umrahmt von melodramatischer Begleitung Händelscher und Beethovenscher Musik, die drei ersten Vorträge: „Das Hohelied der Liebe aus dem 1. Korintherbrief“, „Japhets Flötenspiel“ von Max Bonus, „Gott“ v. L. v. Strauß und Törner. Hochwertigste Vortragskunst und vornehme Mimik zeich-

neten besonders die Gelddichtung von H. Conrad „Der Scherbenfritz“ und „Die Musik der armen Leute“ von Heint. Seidel aus. Der humorvolle Abschnitt: „Von den Tieren“ ließ besonders „Den Mailäfer“ von Herm. Vöns und „Lups“ als eheliches Charakterstückchen, sowie „Im Zoo“ von Josepha Mez hervortreten. In der Tat, solcher Kunst möchte man unermüdet lauschen und jeder kultivierte Geschmack, abhold der Zote, würde es dankbar begrüßen, wenn solche Vorträge auch von anderen Seiten geboten würden. Wie wir hören, ist der Rezitator Bleck ein persönlicher Freund Herrn Vöns, dessen Familien heute noch nahesteht. Ihm und den Veranstaltern und übrigen Mitwirkenden gebührt für den genussreichen Abend vollster Dank. Herr Fr. Schalenbach sang einige der schönsten Vönslieder mit allem Wohlklang seines seltenen Tenors und der junge Kurt Ketzmann zeigte bei der verständnisvollen Klavierbegleitung zum erstenmal öffentlich die vererbte väterliche Begabung. Herr Rektor Bauhoff dankte denn auch in seinem Schlußwort allen Mitwirkenden, besonders aber Herrn Bleck, für den genussreich verlaufenen Abend und forderte die Mitglieder sowohl als auch die Freunde des S.-G.-V. auf, die mancherlei Bestrebungen der Ortsabteilung nach Kräften zu unterstützen. Möchten sich auch für die S.-G.-V. Abtlg. Schalksmühle alle Hoffnungen auf Neubelebung des Vereinswirkens im kommenden Wanderlenz erfüllen in Anbetracht des wahrhaft guten Zwecks der heimatlichen Verschönerung usw. eine allseitig wünschenswerte Sache.

— **Hödinghausen**, 4. Febr. Der Theaterverein „Gemütlichkeit“ zu Hödinghausen wird Sonntag, den 7. d. Mts. im Saale des Herrn Becker in Schnörrenbach, das Drama „Der Erbförster“ von Ludwig zur Aufführung bringen. Dieses ergreifende Stück ging vor einigen Wochen von demselben Verein in Büchhausen über die Bühne und erzielte einen großen Erfolg. Wer sich darum einige genussreiche Stunden verschaffen will, der versäume nicht, die Aufführung zu besuchen. (Siehe Inserat).

Kleine Nachrichten.

Nachprüfung des Beamtenbedarfs des Reichsverkehrsministeriums.

Berlin. Im Reichstagsausschuß für den Reichshaushaltsplan wurde die Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Bedarf an planmäßigen und außerplan-

mäßigen Beamten für das Verkehrsministerium nachzuprüfen und dem Ausschuß vom Ergebnis vor der dritten Staatsberatung Mitteilung zu machen.

Ablehnung von Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn.

Berlin. Nach Mitteilungen von zuständiger Seite sind die von der Reichsbahngesellschaft beabsichtigten Tarifierhöhungen von der Reichsregierung abgelehnt worden.

Förderung befähigter unbemittelter Volksschüler.

Berlin. Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes hat das Reich entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung über die Förderung hervorragender befähigter unbemittelter Volksschüler und Volksschülerinnen den Ländern Mittel zur Verfügung gestellt, deren Verwendung in Preußen der Unterrichtsminister durch einen solchen ergangenen Erlass regelt. Hierin wird es den Provinzialschulkollegien zur besonderen Aufgabe gemacht, die Entwicklung derartiger Kinder durch unmittelbares Eingreifen zu fördern.

Bankraub am hellen Tage.

Berlin. Ein dreierlei Bankraub wurde am Mittwoch bei der Filiale der Diskonto-Gesellschaft in Schmargendorf bei Berlin verübt. Dort betrat ein junger Mann den Schalterraum. Während der Kassierer Geldscheine zählte, band sich der junge Mann, hinter einem Pfeiler verborgen, eine schwarze Maske vor, trat dann plötzlich an den Schalter und hielt dem Kassierer einen Revolver vor das Gesicht. Das Erschrecken des Kassierers benutzte der Räuber, riß einen Haufen Papiergeld an sich, eilte hinaus und versuchte, in einem Auto zu entfliehen. Der Chauffeur jedoch, der Verdacht schöpfte, weigerte sich, zu fahren. Nach kurzer Flucht wurde er von den ihn verfolgenden Bankbeamten festgenommen und der Polizei übergeben. Er wurde festgestellt als ein 22 Jahre alter stellungloser Kaufmann Kurtscheid aus Berglin im Rheinland. Das geraubte Geld, etwa 3000 Mark, wurde noch bei ihm gefunden.

Die Festnahmen auf ostpreussischen Gütern.

Berlin. Nach einer deutschbaltischen Anfrage im Landtag sollen im November v. J. auf den Gütern Alt-Allenstein und Klauenberg 39 Personen unter dem Verdacht der Geheimbünde verhaftet und nach Königsberg gebracht worden sein. Demgegenüber stellt der preussische Minister des Innern zunächst richtig, daß es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine polizeiliche Festnahme wegen dringenden Verdachts der Zugehörigkeit zu einer verbotenen militärischen Organisation und Vergehens gegen das Republikstrafgesetz handele. Die festgenommenen Personen seien nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen worden. Ein Mißgriff der Polizei liege nicht vor.

Seinen Schwager ermordet.

Halle a. S. In Oppin wurde der in den dreißiger Jahren stehende Tischlermeister Willi Lint erschossen aufgefunden. Es handelt sich um einen Mord. Als Täter verhaftet wurde der Schwager des Ermordeten, Franz Red, der etwas jünger als Lint ist. Grund zur Mordtat sollen Familienzwistigkeiten sein. Red will aus Notwehr gehandelt haben.



Heute morgen 1 1/2 Uhr entschleif plötzlich und unerwartet sanft und gottergeben unsere liebe gute Schwester

Marta

im blühenden Alter von 14 Jahren.

In tiefer Trauer

Geschwister Riebold.

Nieder-Reeswinkel b. Schalksmühle, den 3. Februar 1926.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 6. Febr. 1926 nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Alg. Ortskrankenkasse d. Gemeinde Halver
Alg. Ortskrankenkasse der Gemeinden
Schalksmühle und Hülscheid.

Aufforderung.

Nach dem Gesetz zur Aenderung der Versicherungsordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 17. 1. 26. haben ab 1. 1. 26. auch die nicht krankenversicherungspflichtigen Angestellten soweit ihr Jahresarbeitsverdienst 6000 Mk. nicht übersteigt, Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu leisten.

Für die Errechnung der Beiträge gilt als Arbeitsverdienst die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht — 2700 Mark — (für Januar also 3/4 von 225 Mk. = 6,75 Mk. Beitrag). Die Arbeitgeber haben jeden in Frage kommenden Angestellten auf den üblichen Formularen innerhalb 6 Tagen zu melden.

Schalksmühle, den 3. Februar 1926.

Die Vorstände.

Geschäftsaufsicht.

Ueber das Vermögen der Firma Karl Budde in Oberbrügge, früher offene Handelsgesellschaft, jetzt alleiniger Inhaber Fabrikant Hugo Budde in Bömmelbach ist heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist der Fritz Gosemann in Halver, Kronprinzenstraße 7.

Lüdenscheid, den 1. Februar 1926.

Das Amtsgericht.

Geschäftsaufsicht.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten August Schmert in Brügge (Westf.), des alleinigen Inhabers der Firma August Schmert in Brügge (Westf.) ist heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist der Bücherrevisor Wilhelm Schnepfer in Lüdenscheid, Feldstraße 8.

Lüdenscheid, den 1. Februar 1926.

Das Amtsgericht.

Der
Theaterverein „Gemütlichkeit“
Hödinghausen

veranstaltet am
Sonntag, den 7. Februar
im Saale des Herrn Wilh. Becker in
Schnörrenbach einen]

Theaterabend

Es gelangt zur Aufführung
„Der Erbförster“
hochdramatisches Stück in 4 Akten
von Otto Ludwig.
— Anfang 6 1/2 Uhr. —
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Aus den Kirchenwaldungen Kierspe
sind noch abzugeben:
**Tannen, Weidepfähle,
Bohnenstangen und
stärkere Stangen.**
Bei Bedarf wolle man sich an den Unterzeichneten wenden,
Dornseif, Kirchmeister.

Reisender

bei Landwirten bestens eingeführt, gegen Gehalt und Prov. gesucht. Landw. Ein- u. Verkaufsges. m. b. H., Leipzig, Turnerstr. 25.



Landwehrverein
Schalksmühle

Samstag, den 6. Februar
abds 8 Uhr in d. Turnhalle
Lichtbilder-Vortrag
(80 verschiedene Bilder)
von Herrn Hans Pochhammer, Fregattenkapitän a. D. erster Offizier des Panzerkreuzers Gneisenau über

Grat Spee's letzte Fahrt.

Eintritt 50 Pfg.
die zum 6. 12. 25. gelösten
Karten sind gültig.
Um zahlreichen Besuch
bittet der Vorstand.

M.-G.-V.
„Liedertafel“
Halver.

Freitag, den 5. Febr.
Chorstunde.
Der Vorstand.

II. General-Versammlung

des Schweineversicherungsvereins Bormbaum
am Sonntag, 7. Febr.
nachm. 5 Uhr bei Wwe.
Albert Höller, Kreisf.

Tagesordnung:
Wie für Versammlung
am 31. 1. 1926.

Diese Versammlung
ist ohne Rücksicht auf
die Zahl der erschienenen
Mitglieder beschlußfähig.

Zu zahlreichem Besuch
ladet dringend ein

Der Vorstand.

Einhol-Körbe
usw. usw.

empfehlen
Wilh. Bell jr.
Halver.



Alsberg's Weißer Wurst

die anerkannt größte Verkaufsveranstaltung des
Jahres beginnt **Samstag, 6. Februar.**

Riesenmengen weißer Waren aller Art sind
zu Preisen **wie nie zuvor** bereitgestellt.

Besuchen Sie uns, die Reise lohnt sich.

Beachten Sie unsere erscheinende Beilage.

Gegenwartig

Ergebnis 22.



Montag nachmittag,
den 8. Febr. erhalte ich

**Olbenb. Ferkel
u. Läuferchweine.**

August Kerspe,
Halver, Fernspr. 52.

Als kaufmännischer
Sachverständiger
übernehme ich

Bilanz-Aufstellungen und
Prüfungen, Vermögens-,
Gewinn- und Verlust-Be-
rechnungen, die Erledi-
gung von Steuer- und
Aufwertungsangelegen-
heiten.

Fr. Gosemann,
Halver, Kronprinzenstr. 7.
F.-A.: Halver Nr. 12
der Fa. Geschw. Vogt.

Büstenkarten liefert
schnellstens
Druckerei Wilh. Bell jr.

Damenhand- täschchen

in schöner Auswahl
zu bedeutend er-
mäßigten Preisen.

Wilh. Bell jr.,
Halver.